

Der Ökonomist.

Die Neuregelung des Kohlenverbrauches in Haushaltungen und Industrie.

Von hervorragender fachmännischer Seite.

Wien, 29. März.

Als der gegenwärtige Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. S o m a n n bei Uebernahme seines Ressorts sein Programm für die künftige Regelung der Kohlenversorgung entwickelte, war mancher Zweifel laut geworden, ob die von ihm in Aussicht genommenen Maßnahmen auch tatsächlich zur Durchführung gelangen und im gegebenen Falle sich als ausreichend erweisen werden, um von der Bevölkerung die Sorge der Kohlennot zu nehmen. Das vom Minister bei seinem Amtsantritte gesprochene Wort: „Wir werden auch auf dem Gebiete der Kohlenversorgung durchhalten, nicht nur weil wir müssen, sondern auch weil wir können“, wurde als die Ansicht eines in seinem Berufe ernsten und mit den Bedürfnissen der Bevölkerung vertrauten Beamten zwar gehört, vollen Glauben hat dieser Ausspruch jedoch damals nicht gefunden. Der Verlauf des verflossenen Winters hat dem Minister indes recht gegeben. Das Auskommen mit Kohle war zum mindesten besser als im Winter 1916. Damit soll keineswegs die Anschauung vertreten werden, daß die Kohlenversorgung im abgelautenen Winter sich jederzeit glatt und voll ausreichend vollzogen hat. Es gab gewiß Hemmungen und Schwierigkeiten, von welchen zeitweise die Bevölkerung einzelner Länder, desgleichen viele Industriebetriebe hart betroffen wurden. Der Arbeitsminister hat in seinem Programme eine Steigerung der Kohlenproduktion als bringende Notwendigkeit verlangt. Die Forcierung des Tagbaubetriebes in den böhmischen Braunkohlenrevieren hat tatsächlich die Kohlegewinnung im Oktober 1917 um 276.000 Tonnen gegenüber der im Juni des gleichen Jahres gesteigert. Die Kohlenproduktion ist dann in den folgenden Wintermonaten, als die Tagbau wegen der klimatischen Verhältnisse nicht mehr so intensiv betrieben werden konnten, hauptsächlich aber wegen Unterernährung der Arbeiter allmählich empfindlich zurückgegangen, so daß sich im Februar 1918 gegenüber dem Juni 1917 ein Ausfall von rund 730.000 Tonnen ergab. Dazu kamen die erhöhten Transportschwierigkeiten auf den Eisenbahnen und der seit Oktober 1917 nahezu ununterbrochen anhaltende Wagenmangel, welcher die kurrente Abfuhr der Kohle von den Bergbauen hinderte und zur Ansammlung größerer Kohlenvorräte in den Revieren führte. Sie erreichten Ende Januar 1918 ihren Höchststand mit 287.000 Tonnen Kohle und 42.000 Tonnen Koks und betragen noch in der letzten Woche März 169.000 Tonnen Kohle und 30.000 Tonnen Koks. Die österreichische Kohlenversorgung war überdies durch den Rückgang der Einfuhr von Kohle aus dem Deutschen Reich gelähmt. Desterreich hat einen großen Teil der ihm nötigen Kohle schon seit Dezennien aus den ober-schlesischen Steinkohlenrevieren bezogen. So wurden im letzten Friedensjahre 1913 aus den genannten Revieren rund 812 Millionen Tonnen Kohle nach Desterreich gebracht. Nach den Vereinbarungen mit dem deutschen Reichskohlenkommissar in Berlin sollten im abgelautenen Winter neben geringeren Mengen nieder-schlesischer und westfälischer Kohle monatlich mindestens 525.000 Tonnen ober-schlesischer Kohle nach Desterreich kommen. Tatsächlich wurden indes in den letzten drei Monaten des Jahres 1917 bloß 406.000, 415.000, respektive 351.000 Tonnen und im Januar 1918 339.000 und im Februar 278.000 Tonnen geliefert.

Wehr als der Rückblick auf den abgelautenen Winter interessiert indessen die weitesten Kreise der Bevölkerung die künftige Lösung der die Kohlenversorgung behaftenden Fragen, vor allem die, in welcher Weise der Kohlenbezug der einzelnen Haushaltungen im nächsten Winter sichergestellt werden soll. Der Minister für öffentliche Arbeiten ist im Oktober 1917 von dem bis dahin in Geltung gestandenen Gruppensystem, wonach die einzelnen Verbraucher je nach ihrer Dringlichkeit in Gruppen eingeteilt wurden, auf das System der Kontingenzierung übergegangen, welches darin besteht, daß alle Verbrauchergruppen je nach den verfügbaren Kohlenmengen anteilmäßig mit Kohle beliefert werden sollen. Die Vorteile dieses Systems bestehen darin, daß, wenn die zur vollen Versorgung sämtlicher Verbraucher nötige Kohlenmenge nicht zur Verfügung steht, nicht nach dem früheren System der Gruppierung diejenigen Betriebe, welche in den rückwärts gelegenen Gruppen eingereiht waren, überhaupt keine Kohle erhalten sollen, sondern daß die Kürzung, welche bei nicht genügender Kohlenmenge vollzogen werden muß, sich mit Ausnahme nur einzelner besonders wichtiger Verbraucher gleichmäßig auf alle Konsumentengruppen verteilt. Dieses System hat sich nach fachmännischer Ansicht bewährt und soll nach Beseitigung gewisser starrer Formen, namentlich bei der Sicherstellung des Kohlenbezuges, auch weiterhin ungeändert beibehalten werden.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in einer seiner Reden im Abgeordnetenhaus hervorgehoben, daß es nicht angehe, die Bevölkerung nach so langer Kriegsdauer in ihren Ansprüchen ungeschützt zu lassen. Hierzu gehört vor allem die Durchführung von Maßnahmen, welche der Bevölkerung die Möglichkeit der rechtzeitigen Beschaffung eines Kohlenvorrates, wenn auch in bescheidenem Umfange, für den kommenden Winter sichern. Im Herbst des abgelautenen Jahres ist in verschiedenen Landeshauptstädten die Kohlenkarte eingeführt worden. Sie führte namentlich in den großen Städten zu bedeutenden Erschwerungen der Kohlenversorgung, weil es immerhin nicht leicht war, ständig die für hunderttausende Menschen nötige Kohle sicherzustellen. Es war daher schon im Sommer 1917 erwogen worden, ob das Regime der Kohlenkarte nicht nur auf bestimmte Teile der Bevölkerung, nämlich auf die Minderbemittelten, beschränkt bleiben soll, da diese in der Regel nicht über-

reichende Räume verfügen, um sich Kohle für die Wintermonate auf Vorrat zu legen. Selbstverständlich wäre eine solche Einschränkung nicht derart gedacht, daß eine Bevorzugung der besser Situierten damit verbunden wäre. Der Gedanke, den Minderbemittelten durch die Ausstellung der Karte den Bezug eines gewissen Quantum sicherzustellen und den besser Situierten die freihändige Beschaffung zu erlauben, wurde aber fallen gelassen und die allgemeine Kohlenkarte eingeführt. Daß sie, und namentlich in Wien, ohne wesentlichen Anstand funktionierte, war zweifellos darauf zurückzuführen, daß während des ganzen Sommers 1917 die Bevorrätigung mit Kohle an den Haushaltungen, und zwar ohne Einschränkung freigestellt worden war. Es wird sich daher auch im heurigen Sommer die Notwendigkeit ergeben, eine Bevorrätigung der Haushaltungen für den kommenden Winter zuzulassen. Es sind in dieser Richtung bereits verschiedene Vorschläge angetaucht, in welcher Weise eine solche Bevorrätigung am besten erfolgen könnte. Der weitestgehende Vorschlag geht dahin, unter Aufhebung der Kohlenkarte die uneingeschränkte Bevorrätigung zu gestatten. Ein anderer Vorschlag will unter Aufrechterhaltung der Kohlenkarte den Haushaltungen die Möglichkeit schaffen, die notwendigen Mengen von Küchen- und Zimmerbrandkohle für die gesamte Heizperiode auf einmal beziehen zu dürfen und dabei für die Minderbemittelten gleichzeitig Vorsorge treffen, derart, daß, soweit dieselben nicht über Vorratsräume verfügen, die für sie nötige Kohle für die Wintermonate von der Gemeinde aufgeschleppt werde. Das eine steht wohl unangefochten fest, daß für Minder- und Minderbemittelte besondere Vorsorgen getroffen werden müssen, damit die von ihnen benötigte Kohle in den Wintermonaten vorhanden sei. Im übrigen scheint jener Vorschlag die größte Beachtung zu erhalten, welcher dahin geht, neben der nötigen Küchenbrandkohle die für jeden Haushalt zur Beheizung der Wohnräume zulässige Kohlenmenge festzustellen. Den einzelnen Haushaltungen wäre es dann überlassen, die ihnen zugestandene Kohlenmenge während der Sommermonate einzulagern. Unter Bedachtsnahme auf die Sparmassnahmen, die vom Ministerium für öffentliche Arbeiten in der Verordnung vom 1. September 1917 vorgeesehen wurden, hätte dann jeder private Haushalt während des Sommers die Möglichkeit, Kohle für den Winter einzulagern. Ob diese Bevorrätigung mit Beibehaltung oder unter Aufhebung des Kohlenkartensystems erfolgt, ist eine Frage von sekundärer Bedeutung.

Es dürfte von Interesse sein, einige Angaben über die Kohlenversorgung Wiens zu machen. Der gesamte Kohlenverbrauch Wiens stellte sich im Jahre 1916 auf 22 Millionen Tonnen, demnach auf 184.000 Tonnen monatlich. Im Jahre 1917 sank er auf 183 Millionen Tonnen, demnach auf 153.000 Tonnen monatlich herab. Die Ersparnis im letzten Jahre wurde insbesondere durch die vorgeschriebenen Sparmassnahmen, ferner durch die Einschränkungen beim Gas- und Elektrizitätsverbrauch, durch den Minderverbrauch gewisser Industrien und durch die Einführung des Kohlenkartensystems erzielt. Im März 1917 begann das Arbeitsministerium mit der Anlegung eines Vorrats von Spatkohle am Nordbahnhofe, der bis November die Höhe von 120.000 Tonnen erreichen sollte, tatsächlich aber nur auf 94.000 Tonnen gebracht wurde. Die Zweckmäßigkeit dieser Ansammlung hat sich im letzten Winter bei Störungen des Verkehrs wiederholt erwiesen. Gegenwärtig ist der Spatkohlenvorrat am Nordbahnhofe auf 38.000 Tonnen gesunken und es sind Maßnahmen im Zuge, um ihn für den kommenden Winter wieder aufzufüllen. Von großer Wichtigkeit für die Kohlenversorgung Wiens und insbesondere für die Kreise der Minderbemittelten ist die Zufuhr böhmischer Braunkohle zu den städtischen Kohlenlagerplätzen. Es sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, um diese Zufuhr auch weiter sicherzustellen. Hierzu gehört in erster Reihe die vom Eisenbahnministerium veranlaßte Beistellung von 50 Arbeitswagen täglich.

Von Wichtigkeit für die regelmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Kohle ist auch die Sicherstellung der gleichmäßigen Belieferung der Wiener Kleinhandhändler. Im abgelautenen Winter schwankte ihre Belieferung zwischen 70 und 93 Prozent. Zur Vermeidung einer ungleichen Versorgung der Kohlenkleinhandhändler wurden in letzter Zeit für sie Bezugsbücher eingeführt. Im abgelautenen Winter mußten zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Wiener Gaswerke und des städtischen Elektrizitätswerkes wiederholt besondere Maßnahmen getroffen werden, und das Arbeitsministerium verfügte zu Zeiten, als der Kohleneinlauf für diese Werke stockte, Aushilfe, insbesondere aus Oberschlesien und aus dem Ostrauer Reviere.

Was die Industrie betrifft, die im heurigen Jahre wiederholt über Kohlenmangel zu klagen hatte, so wird in Zukunft die besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden müssen, die Hemmungen und Störungen, welche zahlreiche Betriebe zu erdulden hatten, nach Möglichkeit zu beseitigen. Wie verlautet, sind gegenwärtig im Arbeitsministerium umfangreiche Erhebungen zu dem Zwecke in Durchführung, um eine Revision der im Herbst 1917 angestellten und seither wiederholt geänderten Kohlenbilanz vorzunehmen. Selbstverständlich wird bei allen, behufs Regelung der Kohlenwirtschaft geplanten Maßnahmen die Transportfrage eine große Rolle spielen. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen wird, auch in weiterer Folge diese Frage derart zu lösen, daß die Zufuhre von Kohlen in den einzelnen Ländern möglichst ungestört vor sich gehen,